

Pressemitteilung

Erfurt, den 09.06.2016 **Die Bundeswehr ist kein Abenteuerspielplatz! Der Deutsche Kinderschutzbund Thüringen spricht sich gegen die Rekrutierung von Minderjährigen in die Bundeswehr aus.**

Werbemaßnahmen der Bundeswehr machen deutlich, dass jungen Menschen dieser Beruf sehr einseitig als cool und attraktives Abenteuer dargestellt wird. Wissentlich wird damit auf das Explorationsverhalten und die Technikbegeisterung junger Menschen gesetzt.

„Die Vermittlung des Soldatenberufs gegenüber dieser Personengruppe als ganz normalen Beruf wie den Tischler oder Diplomingenieur darzustellen, können wir nicht mittragen“, sagt der Vorsitzende Dr. Rainer Benkman. Neben einer hohen Verantwortung ist dieser Beruf mit hohen Belastungen für Körper und Seele verbunden. Der gravierende Unterschied des Soldatenberufs zu anderen Berufen ist, dass es auch ums Töten und Sterben geht. Kaum eine Person, die aus einem Kriegseinsatz zurück kehrt würde behaupten, dieser Beruf sei einer wie jeder andere.

Wir begrüßen, dass das Land Thüringen kein Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr geschlossen hat, das den Zugang in den Unterricht und in die Lehrer*innenfortbildung erleichtert.

Der Deutsche Kinderschutzbund Thüringen fordert mit Nachdruck, dass die Bundeswehr an Schulen, wenn überhaupt ausschließlich dem Auftrag zur kritischen Diskussion hinsichtlich der Vermittlung friedensethischer Vorstellungen verbunden ist. Dazu gehört das Gespräch über Friedensbildung, Kommunikation, Leben, Tod, internationale Beziehungen und Interessen. Mit diesem Blick appellieren wir an die Lehrer*innen und Schulleitungen, ihre Verantwortung entsprechend des Thüringer Schulgesetzes im Paragraphen 34 dahingehend wahrzunehmen. Sie haben die Aufgabe auch Menschenrechtsorganisationen einzuladen.

Doch damit wir ein Dilemma deutlich: Expert*innen aus der Friedensbewegung oder von Kinder- wie Menschenrechtsorganisationen verfügen überhaupt nicht über die Ressourcen, die die Bundeswehr hat. Ihr stand 2015 nach Angaben der GEW ein Budget von 35,3 Mill. € zur Nachwuchswerbung zur Verfügung. Die andere Seite arbeitet mehrheitlich ehrenamtlich!

Wir fordern die Bundesrepublik auf, den Empfehlungen des 77. UN-Ausschusses aus dem Januar 2014 zu folgen und erstens das Mindestalter für die Rekrutierung auf 18 Jahre heraufzusetzen und zweitens alle Formen von Werbekampagnen, die auf Kinder zielen, zu unterlassen. Damit wird die UN-Kinderrechtekonvention konsequent ausgelegt und gemäß Art. 3 Abs. 2 des 14. Fakultativprotokolls vom 13.12.2004 werden unter 18-jährige nicht zum freiwilligen Wehrdienst eingezogen.

Zudem sehen wir ein Glaubwürdigkeitsdefizit der Bundesrepublik, wenn sie einerseits zu Recht gegen Kindersoldaten eintritt und andererseits Minderjährige in ihren Dienst stellt, auch wenn diese nicht zu Kriegseinsätzen einberufen werden. An dieser Stelle sehen wir einen Dissens zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Handeln, der dringend änderungsbedürftig ist.

Der DKSB setzt sich grundsätzlich für die gewaltfreie Lösung von Konflikten ein. Das beginnt im privaten Raum gegenüber Kindern und gilt auch für internationale Konflikte.